



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/247 - 30.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Ergebnis der Rechnungsprüfung	S. 1
Mendes-France und die französischen Sozialisten	S. 3
Gefahren einer koreanischen Entwicklung in Deutschland	S. 5
Zur Tode Gustav Dahrendorf	S. 7

700 Mill. DM Sozialleistungen vorzuthalten.

F.B. Über Dinge zu sprechen, die fast drei Jahre zurückliegen, ist im allgemeinen nicht besonders fruchtbar. Anders ist es hingegen, wenn man sich mit den Ergebnissen der Rechnungsprüfung des Bundeshaushalts befasst, die aktuelle Bedeutung haben, auch wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, um das Rechnungsjahr 1951 handelt. Einmal kann man an diesen Zahlen nämlich ablesen, wie sich die Ausgabenpolitik der Regierung tatsächlich - oft im Gegensatz zu den Versprechungen in der Haushaltsberatungen - abgewickelt hat, und zum anderen lassen sich daraus wichtige Schlüsse für die gegenwärtige Finanzpolitik der Regierung ziehen.

Man liegt also, viel zu spät, der Bericht über die Über- und Wasserplanmäßigen Ausgaben der Bundesregierung für das Rechnungsjahr 1951 vor. Es ist nicht nötig, im einzelnen die Summe der Haushaltsüberschreitungen zu analysieren. Wichtiger ist es, zu zwei Haushaltsplänen Stellung zu nehmen.

Da ist zunächst der Einzelplan XI des Bundesministeriums für Arbeit, der sich im Gegensatz zu anderen Einzelplänen dadurch "auszeichnet", dass er beträchtliche Minderausgaben zu verbuchen hat. Für vorgesehene Darlehen und Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden beispielsweise rd. 18 Millionen weniger als vorgesehen ausgegeben, bei der Unterstützung und Berufsbildung für Holzerntehrer sparte man

rund 19 Millionen ein, die Ansätze für die Grundbeträge in der Rentenversicherung der Arbeiter wurden zu rd. 57 Millionen DM weniger ausgeschöpft, bei der Zuschüssen an die knappschaftliche Rentenversicherung sparte man 26 Millionen ein, die Flüchtlingarenten wurden mit neun Millionen DM nicht ausgeschöpft, bei den Leistungen aufgrund des Mutterschutzgesetzes sparte man gleichfalls neun Mio DM und schliesslich gab man rd. 70 Mio DM weniger bei der Rentenzulage an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung aus.

Man hat auch eine Begründung zur Hand, wie es zu diesen Minderausgaben kam. Die Statistik muss dafür herhalten, die ungenügende Unterlagen geliefert haben soll. Statistik hin, Statistik her, ist es nicht geradezu alarmierend, dass ausgerechnet auf diesen sozialen Gebieten rd. 258 Mio DM eingespart wurden. Und wenn tatsächlich die Statistik die Schuld tragen sollte, jeder andere Bundesarbeitsminister ausser Herrn Storch, hätte bestimmt nicht auf diese Summen verzichtet, sondern nach Mitteln und Wegen gesucht, um damit andere soziale Bedürfnisse zu befriedigen. Obwohl es schon lange her ist, man sollte sich aber trotzdem wieder daran erinnern, dass auch im Jahre 1951 jeder Antrag der SPD, der soziale Verbesserungen verlangte, mit dem Hinweis auf die angespannte Haushaltslage kalt abgelehnt wurde. Jetzt stellt es sich heraus, dass man 258 Mio DM "einspart". Man sollte diese Zahl nicht vergessen, wenn auch jetzt bei jeder beantragten sozialen Hilfe vom Arbeits- und Finanzministerium wieder der chronische Geldmangel ins Treffen geführt wird.

Nicht viel besser ist das Bild beim Einzelplan XVI - Soziale Kriegsfolgelasten. Hier sparte man rd. 88 Mio DM bei der Kriegsfolgenhilfe, acht Mio DM bei der Umsiedlung und 83 Mio bei der Kriegsofferversorgung, insgesamt rund 442 Millionen DM, ein; hier gilt das gleiche wie beim Etat des Bundesarbeitsministers.

Alle anderen Ministerien haben im Jahre 1951 ihre Haushaltspläne weit überschritten, so dass im Ordentlichen Haushalt rechnerisch eine Über- und ausserplanmässige Mehrausgabe von rd. 1,8 Milliarden DM zu verzeichnen ist. Der Bundeskanzler hat seine Reptilienfunde bis zum letzten Pfennig ausgeschöpft. Bei den sozialen Massnahmen aber wurden insgesamt rd. 700 Millionen DM eingespart oder deutlicher gesagt, den sozial schwächsten Schichten der Bevölkerung vorenthalten.

Die französischen Sozialisten vor der Entscheidung

G.S.Paris, Ende Oktober

Ministerpräsident Mendes-France hat sechs Persönlichkeiten der Sozialistischen Partei die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat für den 11. und 12. November einen ausserordentlichen Parteitag einberufen, um sowohl über die Regierungsbeteiligung als auch über die Ratifizierung der Londoner und Pariser Abkommen durch die sozialistische Parlamentsfraktion zu entscheiden.

An dem Angebot des französischen Ministerpräsidenten ist bezeichnend, dass es sich nicht an die üblichen "Spielregeln" hält. Mendes-France hat die Beteiligung nicht der Sozialistischen Partei direkt, sondern den betreffenden Persönlichkeiten individuell angeboten, und es besteht kein Zweifel daran, dass die Sozialistische Partei auf diesen "Stil" sauer reagiert hat. Mehr noch: die Partei stellt fest, dass die angebotenen Posten "nicht bedeutend" sind; zunächst deshalb, weil man ihr zwar das Amt des Verteidigungsministers (für Robert Lacoste) übertragen will, das zwar bedeutend ist, das die Partei aber ihrer ganzen Tradition nach nicht sehr schätzt. Die anderen Posten entsprechen überhaupt nicht den Wünschen der Partei, die es lieber gesehen hätte, das Arbeitsministerium, sowie die Verwaltung von Wirtschaft und Finanzen übertragen zu bekommen.

Das ist die eine Schwierigkeit. Die andere besteht in der Weigerung Mendes-France', sich auf bestimmte, konkrete Programmpunkte festlegen zu lassen, wie es die Sozialisten fordern. In dieser Hinsicht ging die Besprechung zwischen Guy Mollet und Mendes-France negativ aus. Sozialistische Forderungen sind u. a.: Allgemeine Erhöhung der Mindestlöhne, Wegfall des Abschlages, der in der Provinz auf die Mindestlöhne erfolgt (wegen der theoretisch geringeren Lebenshaltungskosten in der Provinz) und Erhöhung der Kapitalgewinnsteuer zugunsten der indirekten Steuern, die den Verbraucher besonders schwer belasten. Unter Hinweis auf seine allgemeine Politik wich der Ministerpräsident diesen sozialen Forderungen aus. Mendes-France hat

ziemlich eindeutig zu verstehen gegeben, dass er in Zukunft sein Kabinett auf eine andere als die bisher gepflegte Weise verwalten will. Ein engeres Kabinett soll - wie in England - unter der Leitung des Ministerpräsidenten die allgemeine Politik festlegen, während das Gros der Minister rein exekutive Aufgaben übertragen bekommen soll.

Es sehen sich hier Konzeptionen gegenüber, die in der Praxis zwischen dem Ministerpräsidenten und eventuellen sozialistischen Ministern zu zahlreichen Konflikten Anlass geben können. Die französischen Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, dass ihre Minister in erster Linie der Partei verantwortlich sind und dieser zuerst, und dann der Regierung über ihre Tätigkeit Rechenschaft schulden. Der ausserordentliche Parteitag wird zwar die Londoner und Pariser Abkommen annehmen, aber wahrscheinlich in ziemlich heftiger Form über das Problem der Regierungsbeteiligung diskutieren. Ein Teil der Mitglieder des Vorstands ist gegen die Beteiligung, weil Mendes-France nach ihrer Meinung eine nationalistische Aussenpolitik eingeschlagen hat und weil abgewartet werden soll, in welcher Weise Mendes-France in der nächsten Zeit die französische Aussenpolitik zu leiten gedenkt. Ein anderer, scheinbar weitaus grösserer Teil, ist für die Regierungsbeteiligung, weil Mendes-France unbestreitbar in Frankreich nach der langen Periode des "Immobilismus" Hoffnungen erweckt hat, auch bei der Arbeiterschaft. Seine Handlungsweise in indochinesischen und tunesischen Fragen hat ihm unbestreitbar Sympathien eingetragen.

Beschliesst der ausserordentliche Parteitag die Teilnahme an der Regierung, so würde am 12. November, vor der Abreise des Ministerpräsidenten nach Washington, die Regierungsbildung erfolgen. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung - trotz dem "Autoritarismus" des Ministerpräsidenten - das soziale Problem in den Vordergrund der französischen Politik stellen würde. Mendes-France wäre gezwungen, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass eine sozialistische Teilnahme an der Regierung immense Hoffnung unter der Arbeiterschaft erwecken würde und dazu beitragen könnte - sollten geeignete soziale Massnahmen ergriffen werden - den kommunistischen Einfluss in Frankreich zurückzudrängen. In dieser Hinsicht würde ein positiver Beschluss des ausserordentlichen Parteitages ein grosses innenpolitisches Ereignis in Frankreich darstellen.

Aufrüstung ein Alibi für Pankow

Von Hellmut Kalbitzer, M.d.B.

Die sowjetzonale Volkspolizei ist keine modern ausgerüstete Armee. Ihr fehlen ferngelenkte Waffen, eine strategische Luftflotte und Atomwaffen. Sie hätte im Rahmen einer östlichen Militärallianz nur die Aufgabe der Hilfswilligen, wie sie auch die deutsche Wehrmacht im Russenfeldzug gekannt hat, in dem damals Russen zur deutschen Verstärkung eingesetzt waren. Nur im nationalen Rahmen kann die Volkspolizei selbständig als Bürgerkriegsarmee operieren.

Hieran war sie bisher durch die Stationierung westallierter Truppen im Bundesgebiet gehindert, denn ihnen ist die Vopo weder kampfmässig noch politisch gewachsen. Die jetzt in Vorbereitung befindliche westdeutsche Wehrmacht wird genau so beschränkt aufgerüstet wie die Vopo und ist nur ebenso begrenzt verwendbar. Aber die westdeutsche Truppe soll nach Wegfall der Notstandsklausel die westlichen Besatzungstruppen ersetzen.

Damit wäre der Damm gebrochen, der bisher den Bürgerkrieg verhindert hat. Zwei feindliche deutsche Teilarmeen wären dann durch nichts gehindert, aufeinander zu schiessen im Namen von zwei Teilregierungen, die jede für sich die Souveränität über ganz Deutschland beanspruchen, ohne vom Volk autorisiert zu sein.

Dr. Adenauer ist an der Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung ebenso interessiert wie Grotewohl und seine Regime, weil beide von der Spaltung leben und sich nur so lange halten können, wie diese Spaltung aufrechterhalten bleibt. Der Chefredakteur des "Rheinischen Merkur", Dr. Roegels, erklärte kürzlich mit zynischer Offenheit: "Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn junge katholische Politiker keine allzu leidenschaftliche Begeisterung für die Wiedervereinigung zeigen."

Die SED-Zeitungen dagegen können ihre Zufriedenheit über die Vorbereitung der westdeutschen Rüstung und der damit ermöglichten Legalisierung der Volkspolizei als Volksarmee nur mühsam verhehlen.

Die Bundesregierung erklärt die Aufrüstung als notwendig zum Schutze des Friedens und der Freiheit, aber sie bleibt die Antwort schuldig auf die Frage, wieso zur friedlichen Wiedervereinigung die

30.10.1954

Rüstung beitragen könne.

Der deutsche Bürgerkrieg ist nur vermeidbar, wenn die abziehenden Besatzungstruppen durch eine gesamtdeutsche Polizeitruppe ersetzt werden unter dem Kommando einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung. Vorher müssten die innerdeutschen Bürgerkriegsarmeen aufgelöst werden, wenn es nicht zum Chaos kommen soll.

Die sowjetische Regierung hat am 23. Oktober ihr Angebot auf internationale Kontrolle der Vopo wiederholt. Es ist ein schweres Versäumnis der Westmächte, diesen Vorschlag ignoriert zu haben, denn nur eine ernsthafte Prüfung kann Aufschluss geben, ob die Russen es ernst meinen oder nicht.

Wenn die Besatzungsmächte die Wiedervereinigung in Freiheit wollen, können sie um die Entscheidung nicht herum, die Bürgerkriegstruppen aufzulösen, deren Aufbau sie selber unterstützen - oder dulden. Andernfalls wird Deutschland ein zweites Korea.

Die vornehme Zurückhaltung der Besatzungsmächte, dies sei eine innerdeutsche Angelegenheit, ist nackte Heuchelei.

+ + +

Anlässlich der Landtagswahl in Hessen wendet sich die SPD mit folgenden Sendungen im Hessischen Rundfunk an die Wählerschaft:

Am 2. November 1954	16.35 Uhr	spricht Innenminister Willi Zinnker
am 10. November 1954	18.35 Uhr	spricht Pfarrer Hans Marten MdB
am 18. November 1954	18.35 Uhr	spricht Ruth Horn, MdL
am 26. November 1954	15.35 Uhr	spricht Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn

Am 27. November 1954, 11.00 Uhr, wird eine Diskussion der in Hessen kandidierenden Parteien über das Thema: "Jugend und Landtagswahlen" abgesetzt, an der als sozialdemokratischer Sprecher Bittel Oscar Höhne, MdL, teilnimmt.

An einer zweiten Parteidiskussion am 16. November 1954, 19.30 Uhr, ist der Fraktionsvorsitzende der SPD im Hessischen Landtag, Heinrich Schneider, beteiligt.

Im Fernsehen spricht am 18. November 1954, 19.15 Uhr Bilo von Moskow für die SPD zu den Wählern.

In einer Fernsehdiskussion am Runden Tisch, die am 26. November 1954, 19.15 Uhr, im Programm erscheint, wirken die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Heinrich Schneider und Hans Sudheimer mit.

Bank an Gustav Dahrendorf
- - - - -

sp. Am Morgen des 30. Oktober hat das müde Herz eines hoffenden, tätigen, in seinem politischen Glauben unbeeinträchtigten Menschen seinen letzten Schlag getan. Der Arzt des Sanatoriums in Braunlage fand Gustav Dahrendorf tot im Bett. An seiner Bahre stehen nun die Gefährtin seines Lebens und zwei hoffnungsvolle Söhne und steht trauernd eine unüberschbare Schar politischer Freunde und auch Gegner, Männer und Frauen, die mit Achtung und voll Dankbarkeit von diesem Mann wissen, der hier sichtbar und dort in heimlicher Stille mit gutem Willen Hilfe gewährte, materiell, geistig und seelisch, der ausglich, vermittelte und doch das Ziel, die Aufgabe, die Pflicht nicht aus den Augen ließ, der er sich in freiem Willen unterworfen hatte.

Seit seinen Kinderjahren war Dahrendorf der sozialistischen Bewegung verbunden. Er wurde Kaufmann, aber er war aus Berufung Politiker und Journalist. 1924 trat er in die Redaktion des "Hamburger Echo" ein, 1927 wurde er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1932 des Deutschen Reichstages. Die Nationalsozialisten brachten ihn 1933 in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel. Nach seiner Freilassung trat er in Berlin in den Kohlenhandel ein, aber er blieb ein politisch Regesamer wie vorher und arbeitete illegal für die sozialistische Sache weiter.

In unmittelbarer Verbindung mit Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Theodor Haubach und Carlo Mierendorff tat er, was in seinen Kräften stand, um dem Regime der Schande in Deutschland ein Ende zu bereiten. Die Verhaftung der politischen Freunde Anfang Juni 1944 führte auch zu seiner Inhaftierung. Im Oktober 1944 stand er vor dem Volksgerichtshof. Er kam unerwartet mit einer Strafe von sieben Jahren Zuchthaus davon. In Brandenburg wurde er von den einrückenden Russen befreit. Er ging zu Fuß nach Berlin zurück und war

am nächsten Tag schon wieder an der Arbeit für den Wiederaufbau. Die neu belebte SPD rief ihn in den Vorstand. Die Zwangsverschmelzung mit der KPD aber, die damals folgte, machte Dahrendorf nicht mit. Er siedelte in seine Vaterstadt Hamburg über und stand auch dort und in den westdeutschen Zonen bald wieder im Vordergrund der politischen und vornehmlich der wirtschaftspolitischen Mühen um ein neues demokratisches und soziales Deutschland.

1946 trat er in den Vorstand der Hamburger Konsumgenossenschaft "Produktion" ein, ein Jahr später war er Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone in Frankfurt und wurde dessen Vizepräsident, und wieder ein Jahr danach gehörte er bereits zur Geschäftsleitung der GEG, in der er seit Jahren den Vorsitz führte. Zugleich wurde er 1951 zum Vorsitzenden des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften gewählt.

Wo immer Gustav Dahrendorf wirkte, was immer er mit vorsichtiger Hand zu ordnen und zu lenken sich anschickte, wo er Rat gab und Hilfe lieh, alles war und wurde durch ihn erfolgreich. Er sprach in den letzten Jahren nur selten in der Öffentlichkeit, aber sein Wort hatte einen echten Klang. Er dachte mit dem Herzen und er kontrollierte sein starkes und gutes Gefühl durch einen klaren Verstand. Gustav Dahrendorf war ein starker, ein freier und ein tapferer Mensch.

+ + +

An unsere Bezieher

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am Dienstag, den 2. November.

Verantwortlich: Peter Raunau